

## Pressemitteilung

13/07 – 24. April 2007

Schattenwirtschaftsexperte Professor Friedrich Schneider und IW-Forscher Dominik Enste legen aktuelle Untersuchung zur Mindestlohndebatte vor:

### **7,50 Euro Mindestlohn treibt Schattenwirtschaft um bis zu 25 Milliarden Euro hoch**

Linz / Köln – Professor Friedrich Schneider, Schattenwirtschaftsexperte an der Johannes Kepler Universität Linz (Österreich), und Dominik Enste vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln) kommen in aktuellen Schätzungen über die Folgen der Einführung eines Mindestlohns zu einem alarmierenden Befund: **Ein Mindestlohn von 7,50 Euro kann die Umsätze in der Schattenwirtschaft um 7 Prozent steigen lassen.** Die Wissenschaftler rechnen mit einer Steigerung der an Fiskus und Sozialkassen vorbei erbrachten Wertschöpfung von bis zu 25 Milliarden Euro. Jüngst hatten Sie das Gesamtvolumen der Schattenwirtschaft bei einer Pressekonferenz der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) für 2007 auf 350 Milliarden Euro beziffert. Auf Basis dieser Studie im INSM-Auftrag rechneten die Experten nun die durch einen gesetzlichen Mindestlohn zu erwartende Steigerung der Schwarzarbeit in Deutschland hoch.

Die befürchtete 7-prozentige Steigerung begründet Professor Schneider folgendermaßen: „In der aktuellen Debatte um die Einführung eines Mindestlohns wird ein Stundenlohn von bis zu 7,50 Euro gefordert. Die niedrigsten Tariflöhne liegen je nach Region und Branche drei Euro und mehr darunter. Wenn der Gesetzgeber die Unternehmen nun verpflichten würde, fast das Doppelte zu bezahlen, drohen viele Jobs im Handwerks- und Dienstleistungsbereich in die Schattenwirtschaft abzuwandern.“

Ihre aktuell vorgestellten Schätzungen haben die Volkswirte mit zwei unterschiedlichen Methoden ermittelt, die beide zu ähnlichen Ergebnissen kommen: Zum einen wurden die Werte auf Basis von aktuellen Umfragedaten aus dem Jahr 2007 und zum anderen mit makroökonomischen Simulationsmodellen (DYMIMIC-Ansatz) geschätzt.

Das erste Rechenmodell geht von folgendem Szenario aus: Ein Mindestlohn von 7,50 Euro würde die derzeitigen Löhne von fast 4 Millionen Arbeitnehmern übersteigen (vgl. Institut der deutschen Wirtschaft, iwD 24/2006, S.4/5). Laut repräsentativer Bevölkerungsumfrage (TNS Emnid, 2007 im Auftrag der INSM) haben im Durchschnitt gut 20 Prozent der Bevölkerung im letzten Jahr Schwarzarbeit geleistet, gut 40 Prozent wären bei entsprechender Gelegenheit zur Schwarzarbeit bereit. Daraus ergibt sich, dass von den vier Millionen Geringverdienern ein Anteil zwischen 800.000 bis zu 1,6 Millionen Jobs in die Schattenwirtschaft abwandern könnte. Dies entspräche einem Zuwachs der Wertschöpfung in der Schattenwirtschaft von 12 bis 25 Milliarden Euro.

Das zweite Modell ist ein makroökonomisches Schätzverfahren, das zu ganz ähnlichen Größenordnungen kommt: Der Zuwachs der Wertschöpfung in der Schattenwirtschaft liegt danach zwischen 16,3 und 28,8 Milliarden Euro pro Jahr. Dabei wird von einem Mindestlohn von 7,50 Euro und einem durchschnittlichen Schwarzarbeitslohn für diese einfachen Tätigkeiten von 5 Euro pro Stunde ausgegangen.



Dazu Schattenwirtschaftsforscher Dominik Enste: „Ein Mindestlohn würde insbesondere Jugendliche und Berufseinsteiger (bis 25 Jahre) treffen, von denen in Westdeutschland fast 30 Prozent und in Ostdeutschland fast 50 Prozent weniger als rund 7,50 Euro pro Stunde verdienen. Da gleichzeitig diese Altersgruppe zusammen mit gering Qualifizierten am häufigsten von allen Altersgruppen (jeder Dritte) selber schwarzarbeitet, werden durch einen Mindestlohn noch mehr Menschen frühzeitig in die Schattenwirtschaft abgedrängt. Mit allen negativen gesellschaftlichen Konsequenzen, die sich aus diesen frühen Erfahrungen mit irregulärer Beschäftigung und Steuerhinterziehung für die Werteentwicklung der jungen Menschen ergeben.“

**Ansprechpartner:**

Dr. Dominik H. Enste, Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Gustav-Heinemann-Ufer 84-88, D-50968 Köln, Telefon: +49-221-4981-730, Fax: -99730; E-Mail: [enste@iwkoeln.de](mailto:enste@iwkoeln.de)

Prof. Friedrich Schneider, Johannes Kepler Universität Linz, Altenbergerstraße 59, A-4040 Linz-Auhof; Telefon: +43-732-2468-8210, Fax: -8209; E-Mail: [friedrich.schneider@jku.at](mailto:friedrich.schneider@jku.at).

Max A. Höfer, Carsten Seim, INSM; Tel. 0221 4981 404/-403; E-Mail: [presse@insm.de](mailto:presse@insm.de)

---

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist eine überparteiliche Reformbewegung von Bürgern, Unternehmen und Verbänden für mehr Wettbewerb und Arbeitsplätze in Deutschland. [www.insm.de](http://www.insm.de)